

CONV 588/03

CERCLE I 11

BERICHT

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises zum Gerichtshof am 24. Februar 2003

1. Der Arbeitskreis hörte die mündlichen Ausführungen des Präsidenten des Gerichts erster Instanz, Herrn Bo Vesterdorf, der seine Antworten auf die in dem Schema für die Beratungen des Arbeitskreises aufgeworfenen Fragen (mit Ausnahme von Buchstabe e über Sanktionen) darlegte. Er hob hervor, dass das Gericht erster Instanz seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Nizza das grundsätzlich für alle Direktklagen zuständige Gericht sei. Er vertrat ferner die Auffassung, dass im Verfassungsvertrag entweder niedergelegt werden müsse, dass das Gericht erster Instanz und die gerichtlichen Kammern Bestandteil des Organs "Gerichtshof" seien oder aber die institutionelle Autonomie des Gerichts erster Instanz in Bezug auf den Gerichtshof festzulegen sei. Was die Einrichtung von gerichtlichen Kammern anbelangt, so machte er deutlich, dass es dringend notwendig sei, eine Kammer für den öffentlichen Dienst und eine weitere für Rechtssachen aus dem Bereich des geistigen Eigentums zu schaffen. Der Text, der als Grundlage für diese Ausführungen diene, wurde an die Mitglieder des Konvents verteilt (Dok. CONV 575/03). In dem daran anschließenden Gedankenaustausch erklärte Herr Vesterdorf, dass er persönlich eine Änderung von Artikel 230 Absatz 4 befürworte, damit Einzelpersonen einen angeblich ungültigen gemeinschaftlichen Rechtsakt von allgemeiner Geltung, der unmittelbar anwendbar sei (also keinen Durchführungsrechtsakt erfordere), gerichtlich anfechten können. Es sei nicht klar, ob eine solche Änderung zu einer Überlastung des Gerichts erster Instanz führe, aber es gebe durchaus Gründe, die für die Erhöhung der Anzahl der Richter sprechen.
2. Der Arbeitskreis hörte dann die Vertreter des Rates der Anwaltschaften der Europäischen Union (CCBE). Es ergriffen nacheinander die Herren Brower, Waelbroeck und Berrisch sowie Lord Brennan und Herr Khan das Wort. Sie gingen in ihren Ausführungen auf die in dem Schema für die Beratungen des Arbeitskreises aufgeworfenen Fragen ein und führten insbesondere Argumente für eine Änderung von Artikel 230 Absatz 4 an. In diesem

Zusammenhang wurde die Ansicht geäußert (Herr Waelbroeck), dass sich eine Unterscheidung anhand der Art des Rechtsaktes (gesetzgebende Rechtsakte, durchführungsspezifische Rechtsakte) als ein zu formalistisches Kriterium erweisen könne, entscheidend seien die Auswirkungen des Rechtsaktes und nicht dessen Form. In Bezug auf die Amtszeit der Richter vertraten sie (Herr Khan) die Ansicht, dass bei den Mitgliedern des Gerichtshofs anders verfahren werden könne als bei den Mitgliedern des Gerichts erster Instanz. Sie schlugen eine Amtszeit von zwölf Jahren mit der Möglichkeit zur Verlängerung vor und betonten, dass es wichtig sei, dass die Richter über Anwaltserfahrungen verfügten. Sie sprachen sich ferner dafür aus, dass der Rat in Bezug auf Artikel 245 EGV mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

3. Der Arbeitskreis führte dann einen Gedankenaustausch über die Buchstaben a (Ernennungsverfahren) und b (mögliche Änderung der Artikel 225 a, 229 a und 245 EGV) des Schemas für die Beratungen.
4. In Bezug auf Buchstabe a des Schemas für die Beratungen führte dieser Gedankenaustausch zu folgenden Ergebnissen:
 - Anzahl der Richter: Die Mehrheit scheint für die Beibehaltung des Status quo zu sein (nämlich ein Richter pro Mitgliedstaat).
 - Verfahren: Offenheit gegenüber dem Gedanken, dass der Ernennungsbeschluss ein Rechtsakt des Rates ist.
 - Amtszeit: Der Arbeitskreis scheint dem Gedanken, die Amtszeit der Richter des Gerichtshofs bzw. des Gerichts erster Instanz unterschiedlich zu gestalten, zustimmen zu können. Der Arbeitskreis sprach sich im Falle der Richter des Gerichts erster Instanz mehrheitlich dafür aus, die derzeitige Regelung, nämlich eine Amtszeit von 6 Jahren mit der Möglichkeit zur Verlängerung, beizubehalten.
 - Kriterien für die Ernennung der Richter: Die Mitglieder befürworteten die Festlegung objektiver Kriterien, scheinen aber in diesem Punkt auch den Text des Vertrags akzeptieren zu können.
 - Bewerberliste: In dieser Frage wünschen die Arbeitskreismitglieder mehrheitlich die Beibehaltung des Status quo (ein einziger Bewerber).
 - Bewertungsausschuss: Die Mehrheit befürwortet diesen Gedanken, sofern es sich um ein reines Konsultationsverfahren handelt (und ohne öffentliche Anhörungen); was die Zusammensetzung dieses Ausschusses anbelangt, so wurde angeregt, dass er aus ehemaligen Präsidenten des Gerichtshofs bestehen solle. Es wurde ferner vorgeschlagen, dass das Europäische Parlament ein Mitglied benennt.
 - Zu den Bezeichnungen des Gerichtshofs, des Gerichts erster Instanz und der gerichtlichen Kammern wurden vorerst keine konkreten Änderungsvorschläge festgehalten.
5. In Bezug auf Buchstabe b des Schemas für die Beratungen (Artikel 225 a, 229 a und 245 EGV) zeigten sich die Mitglieder des Arbeitskreises offen gegenüber dem Gedanken, dass der Rat über die Artikel 225 a, 229 a und 245 mit qualifizierter Mehrheit beschließt. Einige Mitglieder erklärten jedoch, dass für bestimmte Vorschriften des Statuts das Einstimmigkeitsprinzip erhalten werden müsse.

6. Infolge entsprechender Ersuchen der Mitglieder kündigte der Vorsitz an, dass in der nächsten Sitzung die Frage, ob der Gerichtshof befugt ist, über Maßnahmen der Union in den Bereichen GASP und JI zu entscheiden, geprüft werden solle.
 7. Das Sekretariat wurde gebeten, für die nächste Sitzung ein Arbeitsdokument über die möglichen Optionen in Bezug auf eine etwaige Änderung von Artikel 230 Absatz 4 EGV zu erstellen.
 8. Die nächste Sitzung findet am 3. März 2003 statt.
-